

Handelsblatt
30% sparen,
100% mehr wissen
Jetzt sichern

Handelsblatt

MEINE NEWS HOME POLITIK UNTERNEHMEN TECHNOLOGIE FINANZEN AUTO KARRIERE ARTS & STYLE MEINUNG VIDEO SERVICE

Börsenkurse Märkte Anlagestrategie Banken + Versicherungen Geldpolitik Immobilien Vorsorge Finanzberater Steuern + Recht Tools

Handelsblatt > Finanzen > Immobilien > Warum der Immobilienkonzern CA Immo Österreich verklagt

Suchbegriff, WKN, ISIN

ANZEIGE



CA IMMO

Ein Immobilienkonzern verklagt Österreich

Der Immobilienkonzern CA Immo verlangt wegen der Niederlage im zweifelhaften Bieterwettkampf um die Bundeswohnungen fast zwei Milliarden Euro Schadensersatz.



Hans-Peter Siebenhaar



Matthias Streit

12.03.2020 - 14:24 Uhr • [Kommentieren](#) • [6 x geteilt](#)

Wien, Frankfurt. Als Finanzminister war Karl-Heinz Grasser ein umjubelter Star in seiner Heimat Österreich. Mit gerade einmal 31 Jahren wurde er auf den Posten des Kassenwarts der Alpenrepublik gehoben. Vier Jahre blieb er im Amt. Auch jenseits seiner offiziellen Funktion steht er in den Medien: Seine Bilderbuch-Heirat mit der Swarovski-Erbin Fiona Pacifico Griffini sorgte für Aufmerksamkeit. Doch auf die einst schwungvolle Karriere zu Beginn der 2000er-Jahre wird derzeit ein prüfender, kritischer Blick geworfen.

Der heute 51-jährige Kärntner steht seit Langem wegen angeblicher Schmiergeldzahlungen bei der Privatisierung der 60 000

Bundeswohnungen im Jahr 2004 vor Gericht. Damals hatte der börsennotierte Immobilienkonzern Immofinanz seinen Konkurrenten CA Immobilien Anlagen (CA Immo) überraschend im letzten Moment hauchdünn ausgestochen. Die CA Immo bot zuletzt nach eigenen Angaben 960 Millionen Euro für die Bundeswohnungen. Das Konsortium um die Immofinanz überbot den Favoriten in der zweiten Bierrunde nur um eine Million Euro.

Ende 2017 begann der Strafprozess gegen Grasser und ein Dutzend weitere Personen. Ein Urteil gibt es bislang nicht, doch nun hat CA Immo eine Zivilklage eingereicht. Das Unternehmen fordert bis zu 1,9 Milliarden Euro Schadensersatz von Österreich und Kärnten.

ANZEIGE

Die Vorwürfe gegen Grasser lauten unter anderen Amtsmissbrauch und Verdacht auf Untreue. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass er insgesamt rund 800 000 Euro an „Provisionen“ aus dem Buwog -Deal erhalten hat. Grasser dementiert die Vorwürfe stets, weist die Anklage als substanzlos zurück. Wann das Urteil gefällt wird, steht noch offen. Es hat bereits rund 140 Verhandlungstage in dem jahrelangen Prozess gegeben. „Durch das Coronavirus ist eine neue Situation entstanden. Ein Urteil im Strafverfahren sollte aber bis Ende des Jahres möglich sein“, sagt Johannes Lehner, Anwalt der CA Immo von der auf Schadensersatzklagen spezialisierten Wiener Kanzlei Aigner/Lehner/Zuschin + Partner.

THEMEN DES ARTIKELS



Geld per Briefkastenfirma

Im Laufe des Strafprozesses haben der PR-Berater Peter Hohegger und der frühere rechtspopulistische Politiker und Grasser-Trauzeuge Walter Meischberger bereits per Selbstanzeige eingeräumt, von der Immofinanz knapp zehn Millionen Euro über eine Briefkastenfirma erhalten zu haben. Angeblich soll Grasser über Hohegger und Meischberger der Immofinanz die entscheidenden Informationen zukommen haben lassen, um die CA Immo auszustechen.

Auf den Richterspruch im Strafverfahren will die CA Immo unterdessen nicht länger warten. Das Immobilienunternehmen hat eine Schadensersatzklage gegen die Republik Österreich und das Bundesland Kärnten wegen des Buwog-Verkaufs vor 16 Jahren eingereicht. Die Klage sei laut CA-Immo-Anwalt Lukas Aigner der Finanzprokuratur unter dem Dach des Finanzministeriums bereits zugestellt worden.

Auslöser sind immer neue Details im Strafverfahren gegen Grasser. „Die Sachlage ist so klar, dass wir die Schadensersatzklage auf den Weg gebracht haben“, berichtet CA-Immo-Anwalt Lehner. Der

Immobilienkonzern sieht „gute Erfolgsaussichten“ bei seinem Gang vor das Wiener Landesgericht für Zivilrechtssachen. Den Gesamtschaden beziffert das börsennotierte Unternehmen auf 1,9 Milliarden Euro. Der Schadensersatzanspruch sei unabhängig und sachverständig von einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft berechnet worden, berichtet CA-Immo-Anwalt Lehner. Bei der Schadensersatzklage beim Landesgericht in Wien geht es allerdings nur um eine Million Euro. Die deutlich niedrigere Summe erklärt CA Immo damit, dass man dadurch Anwalts- und Gerichtskosten sowie Steuergelder sparen wolle. „Das ist ein Angebot an die Republik und Kärnten, um möglichst geringe Kosten zu verursachen“, sagte eine Sprecherin.

Nach Meinung des Unternehmens hätte man den Zuschlag für die 60 000 Bundeswohnungen erhalten müssen. Die CA Immo spricht von einer „schuldhaft parteilichen Beeinflussung des Bieterverfahrens durch Amtsträger der Republik Österreich beziehungsweise des Landes Kärnten“. Der Verlauf des 2017 von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft initiierten Prozesses gegen den früheren Finanzminister Grasser und seine Mitangeklagten lasse die Schlussfolgerung einer unrechtmäßigen Beeinflussung zu.

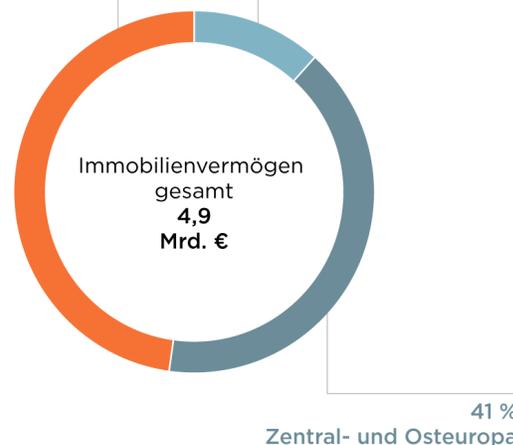
CA Immobilien

Österreicher mit deutschem Schwerpunkt

Portfolio-Aufteilung* nach Regionen und Ländern
in Prozent

48 %
Deutschland

12 %
Österreich



*Rundungsdifferenzen
Quelle(n): Unternehmen
HANDELSBLATT-GRAFIK

Neben Details, die im Strafprozess erkenntlich werden, ist auch eine andere Sache dafür ausschlaggebend, dass CA Immo ausgerechnet jetzt klagt: Verjährung. Denn die Ansprüche könnten nach Ansicht des Unternehmens drei Jahre nach Kenntnis von Schuld und Schaden verjähren. Das bedeutet im Umkehrschluss: Die Anklage im Strafprozess Ende 2017 könnte als wichtiger Zeitpunkt für den

Schadensersatzanspruch gelten. „Die Klage ist auch ein Akt der Vorsorge“, sagt eine Konzernsprecherin.

Die Immofinanz hatte die Buwog nach dem Erwerb 2014 an die Börse in Wien und Frankfurt gebracht. 2018 übernahm schließlich der Dax - Konzern Vonovia die ehemals staatliche Immobiliengesellschaft für 5,2 Milliarden Euro. Die Buwog ist heute als Wohnungseigentümer und Projektentwickler unter dem Dach der Vonovia in Deutschland und Österreich aktiv.

Buwog gehört nun Vonovia

Nicht nur in Österreich, auch in Deutschland wurden um und nach der Jahrtausendwende Hunderttausende öffentliche Wohnungen verkauft. Die größten Transaktionen gingen in aller Regel aber nicht an Privatunternehmen, sondern an Finanzinvestoren. So erwarb etwa die Deutsche Annington 64 000 Eisenbahnerwohnungen. Die Berliner GSW mit knapp 66 000 Wohnungen kaufte ein Konsortium um Cerberus und Goldman Sachs . Die Stadt Dresden verkaufte ihren gesamten Wohnungsbestand (50 000 Wohnungen) an den Investor Fortress. Der gleiche Investor kaufte auch die rund 80 000 Wohnungen der Gagfah , die bis dahin in der Hand der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte waren. Klagen in der Größenordnung von CA Immo gegen Österreich hat es allerdings nicht gegeben.

Für die CA Immo ist die Schadensersatzklage kein Verzweiflungsakt aus finanzieller Not. Im vergangenen Jahr liefen die Geschäfte gut. In den ersten drei Quartalen 2019 stieg der Vorsteuergewinn im Vergleich zum Vorjahr um 35 Prozent auf 248 Millionen Euro. Am 25. März wird das wertvollste Immobilienunternehmen im österreichischen Leitindex ATX seine Bilanz veröffentlichen. Das Immobilienvermögen, das sich auf Deutschland, Österreich und Osteuropa verteilt, stieg um acht Prozent auf 4,9 Milliarden Euro. Dennoch könnte der Schadensersatz finanziellen Schub für die Expansion bieten.

Prozess oder Vergleich

Der Schwerpunkt des 1987 gegründeten Unternehmens liegt auf Büroimmobilien. In Deutschland ist die CA Immo in Berlin, Frankfurt, München und Düsseldorf stark. Die Marktkapitalisierung betrug am Donnerstag 3,3 Milliarden Euro. 74 Prozent der Aktien der CA Immo befinden sich in Streubesitz. Die restlichen Aktien befinden sich im Besitz des US-Finanzinvestors Starwood Capital.

Für die CA Immo wäre eine schnelle Verurteilung Grassers und weiterer Beschuldigter von Vorteil. Denn es würde der Schadensersatzklage einen zusätzlichen Auftrieb verleihen. Dennoch gehen Insider davon aus: Selbst wenn es in diesem Jahr im Strafprozess gegen Grasser zu einer Verurteilung kommt, könnte sich ein Prozessende im Fall der CA Immo noch Jahre hinauszuzögern. Schneller könnte indes ein Vergleich vorstattengehen. Die CA Immo hat Gesprächsbereitschaft gegenüber den staatlichen Seiten signalisiert. Die Finanzprokurator, welche die Klage

Anfang März erhalten hat, wollte am Donnerstag auf eine Anfrage keine Stellungnahme abgeben. Insider in Wien erwarten aber, dass die CA Immo mit ihrer Milliardenklage bei der Republik Österreich keinen Erfolg haben wird.

Eine Prozessvereinbarung scheint bislang in weiter Ferne. Denn das Gesprächsangebot von CA Immo wurde von Wien und Klagenfurt nicht angenommen, wie eine Sprecherin bestätigte. „Wir haben bereits seit 2018 das Gespräch mit der Republik Österreich und der Landesregierung in Kärnten gesucht. Zu unserer großen Verwunderung hat man bislang inhaltliche Gespräch über eine Prozessvereinbarung abgelehnt“, sagt CA-Immo-Anwalt Lehner. „Uns wird das Gespräch ohne eine wirklich substantielle Argumentation verweigert.“ Daher müssen voraussichtlich die österreichischen Gerichte über die Milliardenklage entscheiden.

Mehr: [CA Immo will in Deutschland wachsen.](#)

[STARTSEITE](#)

E-MAIL POCKET FLIPBOARD ○ ○ ○

Auch interessant:



ANZEIGE

INVESTOR-PRÄMIEN
Anleger in Wien aufgepasst: Diese Aktien verbrennen Ihr Geld. Hier Namen der Aktien erfahren.



ANZEIGE

DEEJO
Deejo – ein Geschenk für sich selbst oder seine Lieben.



FUSSBALL-BUNDESLIGA
Investor Windhorst verwehrt Klinsmann Rückkehr in Aufsichtsrat von Hertha BSC



DAVID ENRICH ÜBER DIE DEUTSCHE BANK
„Ich habe noch nie gesehen, dass eine einzige Institution so viel Chaos anrichten kann“



ALLIANZ-TOCHTER
Früherer Pimco-Chef Douglas Hodge muss ins Gefängnis



ANZEIGE

GRÜNER FISHER

9 Wege, Einkommen im Ruhestand zu generieren



ANZEIGE

TRENDY-GADGETS.NET

Diese unter 70€ Smartwatch wird sich an Dienstag wie verrückt verkaufen

Mehr zu: CA Immo - Ein Immobilienkonzern verklagt Österreich

THEMEN		
<p>GEWERBEIMMOBILIEN</p> <p>CA Immo will in Deutschland wachsen</p>	<p>IMMOBILIEN</p> <p>Wohnen in der Schweiz: Zwei Zimmer, Küche, Atomschutzbunker</p>	<p>KOMMENTAR</p> <p>Die Deutsche Post setzt auf eine fragwürdige Strategie</p>
<p>IMMOBILIEN</p> <p>Bauindustrie rechnet mit 300.000 neuen Wohnungen im laufenden Jahr</p>	<p>BAUBRANCHE IN DER KRISE</p> <p>In Indien zeichnet sich eine milliardenschwere Immobilienkrise ab</p>	<p>MARKENRESIDENZEN</p> <p>Wohnen im „Porsche“ – Das wird in Frankfurt möglich</p>

ANZEIGE

0 Kommentare zu "CA Immo: Ein Immobilienkonzern verklagt Österreich"

Bitte bleiben Sie fair und halten Sie sich an unsere [Community Richtlinien](#) sowie unsere [Netiquette](#). Sie können wochentags von 8 bis 18 Uhr kommentieren, wenn Sie angemeldeter Handelsblatt-Online-Leser sind. Die Inhalte sind bis zu sieben Tage nach Erscheinen kommentierbar. Wir behalten uns vor, Leserkommentare, die auf Handelsblatt Online und auf unser Facebook-Fanpage eingehen, gekürzt und multimedial zu verbreiten.



Nicht eingeloggt [Login](#)

Ihr Kommentar...

Sie können noch 2000 Zeichen schreiben.

KOMMENTAR ABSCHICKEN

SERVICEANGEBOTE

ANZEIGE

ÜBERSICHT

Meine News
Home
Politik
Unternehmen
Technologie
Finanzen
Auto
Karriere
Arts & Style
Meinung
Video
Service

SERVICE

Facebook
Twitter
Flipboard
Kontakt/Hilfe
Online-Archiv
Veranstaltungen
Netiquette
Sitemap
Nutzungsrechte erwerben
AGB
Datenschutzerklärung
Impressum

LINKS

WirtschaftsWoche
Orange by Handelsblatt
Handelsblatt Magazin
Morning Briefing
Research Institute
vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste
Organisations-Entwicklung
Creditreform
boatoon.com
DUB Unternehmensnachfolge
bellevue-kreuzfahrten.de
Sudoku online spielen
karriere.de
Absatzwirtschaft
iq digital
Redner Agentur
Hochschulinitiative
Der Betrieb
GBI-Genios
bellevue-ferienhaus.de
PMG
DUB Franchiseunternehmen
Kreditkarten-Vergleich
Brutto-Netto-Rechner

Handelsblatt

© 2020 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG
Verlags-Services für Werbung: iqdigital.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Digitale Unternehmens-Lösungen
Realisierung und Hosting der Finanzmarktinformationen: vwd Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH
Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min.
Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch: Nutzungsbasierte Onlinewerbung